





13. FLÄCHEN ZUM ANPFLANZEN UND ZUM ERHALT VON BÄUMEN, STRÄUCHERN UND SONSTIGEN BEPFLANZUNGEN

GEM. § 9 ABS.1 NR. 25 A UND B BAUGB  
IN ANWENDUNG DES § 18FF BNATSCHG

- bestehenden Gehölze dauerhaft zu erhalten.
- M4: Auf der mit M4 gekennzeichneten Fläche ist ein naturnaher artenreicher Waldsaum aus einheimischen Gehölzen zu entwickeln. Um einen strukturreichen Aufbau sowie ausgeglichene Konkurrenzverhältnisse zu gewährleisten, ist ein stufiger Aufbau der Pflanzungen anzustreben. Hierzu sind unmittelbar am Waldrand Bäume 2. Ordnung zu pflanzen, in etwas weiterer Entfernung größere (führende) Gehölze und schließlich kleinere (begleitende) Gehölze (vgl. Pflanzliste).
- M5: Im Bereich der mit M5 gekennzeichneten Fläche ist eine Streuobstwiesen anzulegen. Hierfür sind Hochstämme einheimischer Obstsorten zu verwenden. Die Bäume sind in einem Raster von 10 mal 10 Meter anzupflanzen. Die Obstbäume sind regelmäßig zu pflegen. Die Unternutzung hat in Form einer extensiven Grünlandnutzung zu erfolgen. Die Fläche ist mindestens einmal, maximal zwei mal pro Jahr zu mähen. Dabei darf die 1. Mahd nicht vor dem 15. Juni erfolgen. Das Mahdgut ist von der Fläche zu entfernen. Bestehende Obstbäume und sonstige Gehölzstrukturen sind zu erhalten und in die Pflanzungen zu integrieren.

- siehe Plan,
- P1: Die auf den mit P1 gekennzeichneten Flächen bestehenden Gehölze werden gem. § 9 Abs. 1 Nr. 25 b BauGB zum Erhalt festgesetzt. Ausfallende Gehölze sind durch einheimische standortgerechte Gehölze zu ersetzen.
- P2: Die bestehenden Gehölze auf der mit P2 gekennzeichneten Fläche werden gem. § 9 Abs. 1 Nr. 25 b BauGB zum Erhalt festgesetzt. Auf der Fläche sind zusätzlich 15 einheimische Gehölze anzupflanzen und in die bestehenden Gehölzstrukturen zu integrieren.
- P3: Auf den mit P3 gekennzeichneten Flächen ist eine dichte Gehölzpflanzung aus standortgerechten einheimischen Gehölzen vorzunehmen. Die Gehölze sind in einem Raster von 1,5 m x 1,5 m zu pflanzen. Mindestens alle 15 m ist ein Laubbaumhochstamm in die Pflanzung zu integrieren.
- P4 Entlang der Erschließungsstraße sind Bäume anzupflanzen. Großkronige Hochstämme sind entsprechend Pflanzliste in einem Abstand von 10 - 15 m zu pflanzen.

Für alle festgesetzten Anpflanzungen gem. § 9 Abs. 1 Nr. 25 a BauGB sind nur einheimische Bäume und Sträucher zu verwenden. Eine Auswahl geeigneter standortgerechter Gehölze stellt die im Folgenden aufgeführte Liste beispielhaft dar:

Pflanzliste ‘Gehölze’ :

Feldahorn	Bergahorn
Spitzahorn	Eingr. Weißdorn
Schlehe	Vogelkirsche
Sommerlinde	Winterlinde
Pfaffenhütchen	Schwarzer Holunder
Traubeneiche	Stieleiche
Liguster	Eberesche
Himbeere	Hänge-Birke
Hainbuche	Hundsrose
Walnuss	Gem. Schneeball
Wolliger Schneeball	
Einheimische Obstbaumsorten (Hochstämme)	

Pflanzliste ‘Waldmantel’

Bäume 2. Ordnung:	Feld-Ahorn Hainbuche Vogelkirsche
führende Sträucher:	Schlehe Eingrifflicher Weißdorn Blutroter Hartriegel
begleitende Sträucher:	Schwarzer Holunder Hunds-Rose

Festgesetzte Pflanzqualitäten

Hochstämme/Bäume: 3xv, StU 12 - 14 cm  
Sträucher: 5 Triebe, Höhe: 100 cm - 150cm

Bestehende Hochstämme, die durch die Baumaßnahmen nicht direkt betroffen sind, sind zu erhalten.

Erfolgte Anpflanzungen unterliegen der Bindung gem. § 9 Abs. 1 Nr. 25 b BauGB.

Zum ökologischen Ausgleich der Eingriffe in Natur und Landschaft werden außerhalb des Geltungsbereiches auf einer ca. 2 ha großen Fläche (Gemarkung Brauns- hausen, Flur 3, Teile der Parzellen 310/1 und 297/1) folgende Maßnahmen festgesetzt:

Die gesamte Fläche ist mindestens einmal, bei Bedarf maximal zweimal im Jahr zu mähen. Zum Schutz der vorkommenden wertgebenden Tagfalter soll die Fläche nicht komplett, sondern in mindestens zwei Abschnitten gemäht werden. Die Mahd darf erst nach dem Aus- sammen der hier auftretenden Pflanzenart Arnica montana erfolgen (ca. ab Mitte Juli). Das Mähgut ist von der Fläche zu entfernen. Eine Düngung der Fläche ist nicht zulässig.

Im Bereich der aktuell brachliegenden Flächen ist im ersten Jahr ein tiefer Schnitt vorzunehmen und damit die verfilzte Vegetationsdecke weitgehend abzuräumen.

NACHRICHTLICHE ÜBERNAHME GEM. § 9 ABS. 6 BAUGB

SCHUTZABSTAND ZUM WALD

siehe Plan,  
Innerhalb der im Plan festgesetzten Schutzfläche gilt § 14 Abs. 3 LWaldG.

FESTSETZUNGEN GEM. § 9 ABS. 7 BAUGB

Grenze des räumlichen Geltungsbereichs

siehe Plan

HINWEISE

LANDSCHAFTSSCHUTZGEBIET

An der südwestlichen Grenze des Geltungsbereichs grenzt ein Landschaftsschutzgebiet an.

SCHUTZSTREIFEN

Um Beeinträchtigungen an den der öffentlichen Versorgung (Wasser, Strom, Kabel) dienenden Anlagen vorzubeugen, ist das Merkblatt über Baumstandorte und unterirdischen Ver- und Entsorgungsanlagen (Ausgabe 1989), aufgestellt vom Arbeitskreis ‘Baumpflanzungen im Bereich von Versorgungsleitungen’ im Arbeitsaus- schuss ‘Kommunaler Straßenbau’, zu beachten. Diese technische Mitteilung GW 125 ist bei der Wirtschafts- und Verlagsgesellschaft Gas und Wasser mbH, Bonn, erhältlich.

ABSP-FLÄCHE

Ein Teilbereich des nördlich der Erschließungsstraße befindlichen Teil des Plangebiets (Öffentliche Park- fläche gegenüber Turnerheim) ist Bestandteil der Fläche 6408005 des Arten- und Biotopschutzpro- gramms des Saarlandes (ABSP) mit örtlicher Bedeu- tung.

BIOTOPKARTIERUNG II DES SAARLANDES

Östlich des Plangebietes befindet sich das Biotop Nr. 64080042 der Biotopkartierung II des Saarlandes. Die biotopkartierten Bereiche sind bei der Planung zu berücksichtigen.

MUNITIONSFUNDE

Im Planungsbereich sind Munitionsgefahren nicht aus- zuschließen. Ein vorsorgliches Absuchen der Flächen durch den Kampfmittelbeseitigungsdienst wird daher empfohlen. Die Anforderung des Kampfmittelbeseiti- gungsdienstes sollte frühzeitig vor Beginn der Erdarbei- ten erfolgen.

BODENFUNDE

Gemäß § 16 und 17 Saarländisches Denkmalschutz- gesetz - SDschG besteht bei Bodenfunden eine Anzei- gepflicht und ein befristetes Veränderungsverbot.

VERSICKERUNG VON NIEDERSCHLAGSWASSER

Hinsichtlich der geplanten Versickerung von Nieder- schlagswasser sind die Bestimmungen des § 35 Abs. 2 Saarländisches Wassergesetz - SWG zu beachten.



# GESETZLICHE GRUNDLAGEN

Für die Verfahrensdurchführung und die Festsetzungen des Bebauungsplanes gelten u.a. folgende Gesetze und Verordnungen:

- Baugesetzbuch (BauGB), in der Bekanntmachung vom 27.8.1997 (BGBl. I, S. 2141, ber. 1998 I S. 137), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23.7.2002 (BGBl. I S. 2850) m.W.v. 1.8.2002,
- die Baunutzungsverordnung (BauNVO) in der Bekanntm. der Neufassung vom 23. Januar 1990 (BGBl. I S. 133), zul. geänd. durch Art. 3 des IWG vom 22. April 1993 (BGBl. I S. 479),
- die Anlage zur Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Planinhalts - Planzeichenverordnung (PlanZVO 90) vom 18. Dezember 1990 (BGBl. I S. 58),
- das Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 05.09.2001 (BGBl. I S. 2350), zuletzt geändert am 18.06.2003 (BGBl. I S. 1914)
- die Bauordnung (LBO) für das Saarland vom 27. März 1996 (Amtsbl. des Saarl. 23/1996, S. 477), zuletzt geändert durch Artikel 10 Abs. 9 des Gesetzes vom 07.11.2001 (Amtsblatt des Saarlandes, S. 2158)
- der § 12 des Kommunal Selbstverwaltungsgesetzes (KSVG) i. d. Bek. der Neuf. vom 27. Juni 1997 auf Grund des Art. 6 des Gesetzes zur Änderung kommunalrechtlicher Vorschriften vom 23. April 1997 (Amtsbl. S. 538), zuletzt geändert durch Gesetz vom 07.11.2001 (Amtsblatt des Saarlandes, S. 2158)
- das Gesetz Nr. 1502 zur Neuordnung des Landesplanungsrechts (SLPLG) vom 12. Juni 2002 (Amtsblatt des Saarlandes vom 01.08.2002, S. 1506),
- das Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 25.03.2002 (BGBl. I S. 1193)
- das Gesetz über den Schutz der Natur und Pflege der Landschaft (Saarländisches Naturschutzgesetz - SNG) vom 19. März 1993 (Amtsblatt des Saarlandes 1993, S. 346), zul. geänd. durch Artikel 2 des Gesetzes zur Neuordnung des Landesplanungsrechtes vom 12. Juni 2002 (Amtsblatt des Saarlande vom 01.08.2002, S. 1506),
- das Gesetz zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge (Bundes-Im-

missionsschutzgesetz - BImSchG) in der Neufassung vom 26.09.2002 (BGBl. I S. 3830)

- das Gesetz zum Schutz vor schädlichen Bodenveränderungen und zur Sanierung von Altlasten (Bundes-Bodenschutzgesetz - BBodSchG) vom 17. März 1998 (BGBl. I S. 502), zuletzt geändert durch Gesetz vom 09. September 2001 (BGBl. S. 2331),
- das Gesetz zum Schutz des Bodens im Saarland (Saarländisches Bodenschutzgesetz - SBodSchG) vom 20. März 2002 (Amtsbl. des Saarlandes 2002, S. 990),
- das Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushaltes (Wasserhaushaltsgesetz - WHG), i. d. Neuf. der Bek. vom 19.08.2002 (BGBl. I, S. 3245)
- das Saarländische Wassergesetz (SWG) i. d. F. der Bek. der Neuf. von 03. März 1998 (Amtsbl. des Saarlandes 1998, S. 306), zuletzt geändert durch Artikel 10 Abs. 23 des Gesetzes vom 07.11.2001 (Amtsblatt des Saarlandes, S. 2158)
- das Saarländische Nachbarrechtsgesetz vom 28. Februar 1973 (Amtsblatt des Saarlandes, S. 210), zuletzt geändert durch Artikel 11 des Gesetzes Nr. 1397 zur Neuordnung der saarländischen Vermessungs- und Katasterverwaltung vom 16. Oktober 1997 (Amtsblatt des Saarlandes, S. 1130),
- das Saarländische Denkmalschutzgesetz (SDschG) vom 12. Oktober 1977 (Amtsblatt des Saarlandes S. 993), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes zur Neuordnung des Landesplanungsrechtes vom 12. Juni 2002 (Amtsblatt des Saarlandes vom 01.06.2002, S. 1506).
- das Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung im Saarland (SaarlUVPG) vom 30.10.2002 (Amtsblatt des Saarlandes, S. 2494)
- das Saarländische Straßengesetz, Gesetz Nr. 808 vom 17.12.1964 in der Fassnug vom 15.10.1977 (Amtsblatt des Saarlandes, S 969), zuletzt geändert am 12.06.2002 (Amtsblatt des Saarlandes, S. 1506)
- das Gesetz zur Änderung des Landeswaldgesetzes vom 09. Juli 2003 (Amtsblatt des Saarlandes, S. 2130)

## VERFAHRENSVERMERKE

- Der Gemeinderat der Gemeinde Nonnweiler hat am 17.07.2003 die Änderung und Erweiterung des Bebauungsplanes "Sondergebiet Sport-, Schulungs- und Erholungszentrum Turnerheim" beschlossen (§ 2 Abs. 1 BauGB).

Der Beschluss wurde am \_\_\_\_\_.\_\_\_\_\_ ortsüblich bekanntgemacht (§ 2 Abs. 1 BauGB).

Nonnweiler, den \_\_\_\_\_.\_\_\_\_\_ Der Bürgermeister

- Die frühzeitige Beteiligung der Bürger wurde vom 08.08.2003 bis einschließlich 15.08.2003 durchgeführt (§ 3 Abs. 1 BauGB). Sie wurde am \_\_\_\_\_.\_\_\_\_\_ ortsüblich bekannt gemacht.
  - Der Gemeinderat hat am 17.07.2003 den Entwurf gebilligt und die öffentliche Auslegung der Änderung und Erweiterung des Bebauungsplanes "Sondergebiet Sport-, Schulungs- und Erholungszentrum Turnerheim" (§ 3 Abs. 2 BauGB) mit paralleler Beteiligung der Träger öffentlicher Belange sowie der Nachbargemeinden (§ 4 Abs. 1 und 2 BauGB und § 2 Abs. 2 BauGB) beschlossen.
  - Der Entwurf der Änderung und Erweiterung des Bebauungsplanes, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Textteil (Teil B) sowie der Begründung hat in der Zeit vom 18.08.2003 bis einschließlich 18.09.2003 öffentlich ausgelegen (§ 3 Abs. 2 BauGB).
- Ort und Dauer der Auslegung wurden mit dem Hinweis, dass Anregungen während der Auslegungsfrist von jedermann schriftlich oder zur Niederschrift vorgebracht werden können, am \_\_\_\_\_.\_\_\_\_\_ ortsüblich bekanntgemacht (§ 3 Abs. 2 BauGB).
- Die betroffenen Behörden, Stellen und die Träger öffentlicher Belange wurden gem. § 4 Abs. 1 und 2 BauGB parallel zur öffentlichen Auslegung mit Schreiben vom 06.08.2003 an der Änderung und Erweiterung des Bebauungsplanes beteiligt. Im Anschreiben wurde auf die parallel stattfindende Auslegung hingewiesen. Die vorgebrachten Anregungen wurden vom Gemeinderat am 18.12.2003 geprüft und in die Abwägung eingestellt.
- Das Ergebnis wurde denjenigen, die Anregungen vorgebracht haben, mitgeteilt (§ 3 Abs. 2 Satz 4 BauGB).

- Der Gemeinderat hat am 18.12.2003 die Änderung und Erweiterung des Bebauungsplanes "Sondergebiet Sport-, Schulungs- und Erholungszentrum Turnerheim" als Satzung beschlossen (§ 10 BauGB). Die Änderung und Erweiterung des Bebauungsplanes besteht aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Textteil (Teil B) sowie der Begründung.

- Die Änderung und Erweiterung des Bebauungsplanes wird hiermit als Satzung ausgefertigt.

Nonnweiler, den \_\_\_\_\_.\_\_\_\_\_ Der Bürgermeister

- Der Satzungsbeschluss wurde gem. § 10 BauGB am \_\_\_\_\_.\_\_\_\_\_ ortsüblich bekanntgemacht.

Mit dieser Bekanntmachung tritt die Änderung und Erweiterung des Bebauungsplanes "Sondergebiet Sport-, Schulungs- und Erholungszentrum Turnerheim", bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Textteil (Teil B) sowie der Begründung in Kraft (§ 10 Abs. 3 BauGB).

Nonnweiler, den \_\_\_\_\_.\_\_\_\_\_ Der Bürgermeister

Eine Umweltverträglichkeitsprüfung gemäß dem Gesetz zur Umsetzung der UVP-Änderungsrichtlinie ist nicht erforderlich.

### ÄNDERUNG UND ERWEITERUNG DES BEBAUUNGSPLANS

## "SONDERGEBIET SPORT-, SCHULUNGS- UND ERHOLUNGSZENTRUM TURNERHEIM"

### DER GEMEINDE NONNWEILER IM GEMEINDEBEZIRK BRAUNSHAUSEN

M 1: 1000 im Original,  
Verkleinerung DIN A3, ohne Mst.

0 10

50

100



INGENIEURGESELLSCHAFT FÜR ANGEWANDTE RAUM-, GRÜN-, UMWELT- UND STADTPLANUNG mbH  
RATHAUSSTRASSE 12, 66557 ILLINGEN, TELEFON:(06825) 4061-100, FAX:(06825) 4061-110